

Arbeitswelt Neues Anforderungsprofil für organisierte Gemeinnützigkeit

Tue Gutes und vernetze dich

Die sozialstaatlich nicht abgedeckte Industrialisierung entfachte vor 200 Jahren zahlreiche Brandherde. Jene «gute alte Zeit» der Massenarbeitslosigkeit und -armut sowie Proletarisierung ist längst überwunden und gehört in die Annalen der Wirtschaftshistorie. Wie aber lautet das heutige Rollenverständnis der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft – jener Organisation, die seinerzeit zur Behebung ebendieser schreienden Missstände gegründet worden war und die nun ihre einstigen Ziele vollumfänglich erreicht sieht? Unentgeltliche obligatorische Volksschule, eine der damals zentralen Forderungen der SGG, ist längst kein Thema mehr. Pro Juventute, Pro Senectute, Pro Mente Sana – alle diese und weitere Gründungen der SGG funktionieren (mehr oder weniger). Volksbildung ist mittlerweile ein von zahllosen staatlichen und privaten Playern bespieltes Terrain.

Der Maggiwürfel

Und wer weiss heute noch, dass der legendäre, 1908 erstmals angebotene Maggiwürfel der Nonprofitorganisation SGG zu verdanken ist, da sie den Winterthurer Unternehmer Julius Maggi bei der Vermarktung seiner Nahrungsmittel aktiv unterstützte, als es darum ging, im Zeitalter der ungestümen Industrialisierung rasch zubereitete, gesunde Instant-Nahrung auf die Teller zu zaubern? – «Vernetzung ist aktuell das Schlüsselwort; es geht darum, mit verschiedenen Partnern zu kooperieren. Immer mit dem Ziel, die Gemeinnützigkeit zu fördern und aktuelle Herausforderungen zu bewältigen», sagt Lukas Niederberger, der seit 2013 SGG-Geschäftsleiter ist. Und er schiebt nach, dass das in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dominierende Thema, nämlich das Verhältnis von privater Gemeinnützigkeit und Sozialstaat, angesichts leerer Staatskassen plötzlich wieder höchste Aktualität errungen habe. «Wieweit kann, soll, darf der zu Budgetkürzungen gezwungene Sozialstaat immer mehr Dienste des Service public auf private Stiftungen abwälzen?»

Fokus auf Freiwilligkeit

Nach wie vor liegt etwas Staub der Vergangenheit auf dem Begriff «Gemeinnützigkeit». Diese wird gemeinhin dem Gutmenschen zugeordnet, obwohl die nichtstaatlich organisierte Form aufgrund der wachsenden sozialen Ungleichheiten eine neue Bedeutung erungen hat und zunehmende Beachtung findet. Einen ähnlichen Transformationsprozess durchläuft momentan auch die SGG. Um den gegenwärtigen Rahmenbedingungen und sich

wandelnden Bedürfnissen zu entsprechen, fokussiert sie insbesondere auf die Förderung des freiwilligen Engagements, auf Integration, Stärkung der Sozialverantwortung der Wirtschaft sowie die republikanisch-demokratischen Traditionen und Strukturen unseres Landes.

Unter dem letztgenannten, etwas wolkigen Begriff lassen sich viele Aktivitäten des breitgefächerten Angebots subsumieren. Insbesondere geht es um Förderung und Unterstützung von Gemeinnützigkeit und Freiwilligkeit. Beide Bereiche definieren das Sozialverhalten jedes Einzelnen. Daran knüpft der SGG-Geschäftsleiter die Grundsatzfrage «Wieweit kann der Staat das Zugehörigkeitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger fördern, das die Basis bildet für Freiwilligenarbeit aus Gemeinsinn und Bürgertugend?» Wie überhaupt – dies weitere offene Fragen – können die bis anhin freiwillig geleisteten gesellschaftlichen Aufgaben künftig aufrechterhalten und garantiert werden? Was muss sich an der Freiwilligenarbeit ändern, und welche Anreize des Staates müssten geschaffen werden? Braucht es – neben den Steuern und dem Militärdienst – auch einen obligatorischen Bürgerdienst?

Forschungsthema

Dieser den gesellschaftlichen Wandel widerspiegelnde Fragenkomplex treibt die SGG seit langem um und hat sie schon 2003 zu ersten «Sondierungsbohrungen» veranlasst, um darauf basierend das Tätigkeitsspektrum auszurichten und neu zu gewichten. So wird seither die Forschung im Bereich Freiwilligkeit gefördert und flankierend dazu – zusammen mit dem Migros-Kulturprozent und dem Bundesamt für Statistik – der regelmässige Freiwilligen-Monitor durchgeführt. Mittels dieses wissenschaftlichen Pionierprojekts will man die relevanten Kenntnisse vertiefen und erweitern. Die Resultate des 3. Freiwilligen-Monitors sollen 2015 vorliegen, während die früheren Erhebungen in mehreren Publikationen festgehalten sind.

Gefördert wird angewandte und praxisrelevante Forschung im Bereich Freiwilligkeit. Die dafür eingesetzte Kommission spricht jeweils Geld für den Freiwilligen-Monitor, leitet zudem relevante Forschungsprojekte selbst in die Wege und prüft externe Forschungsgesuche, beurteilt diese und spricht gegebenenfalls einen Beitrag.

Da die SGG weder Bundesgelder erhält noch von Bern mit einem entsprechenden Leistungsauftrag ausgestattet wurde, ist sie vollumfänglich angewiesen auf Spenden, Legate, Stiftungen

und Mitgliederbeiträge. Die jährlichen Unterstützungsgelder – sie fliessen in die Einzelfallhilfe sowie in Projekte – beziffern sich auf rund zwei Millionen Franken.

Ein seit langem bestehendes Angebot der Vermittlung zwischen sozialen Institutionen und der Privatwirtschaft ist das Weiterbildungsprogramm «Seiten-Wechsel», das Führungskräften während fünf Tagen einen Sozialeinsatz ermöglicht. Laut SGG haben seit 1995 über 2500 Kaderangehörige aus verschiedenen Unternehmen diesen temporären Seitenwechsel vollzogen. Die Weiterbildung in Führungskompetenz und Stärkung der Corporate Social Responsibility scheint recht gut anzukommen; immerhin wird das Programm heute auch in der Westschweiz und in Deutschland angeboten. Man preist es gar als Burnout-Prophylaxe an, zeigten doch Sozialpädagogen den Umgang mit Abgrenzung und Engagement, mit Stress und Ressourcenorientierung.

Den Sozialstaat entlasten

Ressourcenorientierung ist auch für die – lose miteinander verbundenen – gemeinnützigen Gesellschaften der Schweiz eine Herausforderung und Chance, denn die systematische Einbeziehung der Hilfeadressaten in Hilfeplanung und -gestaltung entscheidet über Erfolg oder Nichterfolg. Oder wie es der SGG-Geschäftsleiter Niederberger formuliert: «Die Gemeinnützigen können und müssen dazu beitragen, dass der liberale Sozialstaat durch vermehrtes freiwilliges Engagement sinnvoll entlastet wird. Aber der Staat darf nicht auf dem Buckel privater Stiftungen sparen und so ein trügerisches Nullsummenspiel betreiben.»

Werner Knecht